

**Militärdienstverweigerer unter Druck**

In Bellinzona stehen drei junge Männer vor Gericht, weil sie aus Gründen des Klimaschutzes zur Dienstverweigerung aufgerufen haben. Was soll diese Repression? SEITE 3

**Waffen ja – Geld nein?**

Wenn es um die Lockerung der Waffenexportregeln geht, dann mischen die Bürgerlichen vorne mit. Geld für die Ukraine soll es aber keines geben und eine Kriegsgewinnsteuer wird abgelehnt. Die Doppelmoral geht weiter. SEITE 4

**Eine Geschichte von Tieffliegern**

Teuer, klimaschädlich und nutzlos – so lässt sich die Patrouille Suisse wohl am besten charakterisieren. 6.5 Tonnen CO2 und CHF 40'000 pro Flugstunde für Lärmbelästigung und die Bespaltung weniger. Nein, danke. SEITE 5

**Wählen – aber richtig!**

Das Parlament macht der GSoA immer wieder einen Strich durch die Rechnung. Etwa der Kauf des F-35 oder die drohende Verschlechterung des Zivildienstes wurden von beiden Räten gebilligt. Wir brauchen mehr GSoA in Bundesbern! SEITE 8

# IM EINSATZ GEGEN ATOMWAFFEN

**JETZT TPNW\*  
UNTER-  
ZEICHNEN!**



\*Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons

Liebe Leser\*innen

Die GSoA macht eigentlich seit Jahr und Tag das, was in England landläufig «defying the odds» genannt wird. Wir trotzen den Widrigkeiten. Trotz Krieg und bürgerlichem Powerplay lässt sich die GSoA nicht unterkriegen. Diese Zeitungsausgabe ist ein weiterer tatkräftiger Beweis, wie breit wir thematisch aufgestellt sind und wie fundiert wir beurteilen, einordnen und kritisieren.

So kritisieren wir auf Seite 4 den Parlamentsbeschluss, welcher der Ukraine 5 Milliarden Unterstützungsgelder verwehrte. Diese bürgerliche Doppelmoral können wir in keinsten Weise nachvollziehen. Ausserdem beurteilen wir auf Seite 5 den Einsatz der Patrouille Suisse und verlangen die längst überfällige Auflösung dieses Luftspielzeugs. Natürlich nerven wir uns auch gehörig über den erneuten und unlauteren Angriff auf den Zivildienst (ebenfalls Seite 5) und ordnen ein. Zudem bekommen wir in Form eines Gastartikels Einblick in die Situation der Dienstpflicht in Österreich (Seite 6), die erstaunlich viel mit der unsrigen gemein hat.

Nicht zuletzt nutze ich die Gelegenheit und mache auf die a.o. Vollversammlung (Seite 2) im November aufmerksam. Dort befinden wir über unser neues Initiativprojekt. Je mehr Leute kommen, desto breiter abgestützt ist der Entscheid und desto fulminanter wird das Projekt im Endeffekt.

Wir wünschen eine anregende und spannende Lektüre.

Joris Fricker  
und das ganze Redaktionsteam

#### Impressum

**Redaktion:** Anja Gada, Andreas Weibel, Fabio Briante, Kilian Bello, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Michel Monod, Noëmi Holtz, Oger, Pauline Schneider, Roxane Steiger

**Cartoons:** Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser\*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

#### VOLLVERSAMMLUNG I

## Rückblick und Ausblick

**Während im Mai eine gut besuchte Vollversammlung erfolgreich über die Bühne ging, steht im November die nächste geplante, aber ausserordentliche VV bereits wieder an.**

JORIS FRICKER

Die Vollversammlung im Mai hatte doch so einiges zu bieten. Das dichte, aber gehaltvolle Programm schien so auch bei vielen gezogen zu haben. Gut 70 Mitglieder lauschten den Vorhaben und diskutierten rege mit. Was dabei auffiel: Es wurde nicht nur über Ideen, Forderungen und Resolutionen aus dem Hier und Jetzt debattiert. Mit einer kleinen Foto-Ausstellung, einem berühmt besetzten Podium (u.a. mit GSoA-Gründer Andi Gross) und dem Launch unserer Jubi-Shirts wurde dem 40-Jahre-Jubiläum GSoA gebührend Platz gegeben. Und mit dem wegweisenden Entscheid für ein neues Grossprojekt wurde der Grundstein für die Vollversammlung im November gelegt. Dort soll es dann auch hauptsächlich um den besagten Projektentscheid gehen, wenn wir uns aus den drei Vorschlägen für einen entscheiden.

Zur Wahl stehen die Wiedereinführung des Botschafts asyl, die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages (TPNW) oder eine Ini-

tiative zur Reorganisation des Armeebudgets. Sollte der Bundesrat den TPNW doch noch unterzeichnen, so rückt die Projektidee für eine «Schweiz als humanitäre Hochburg» nach und stünde dann ebenfalls zur Auswahl. Mit welchem Projekt wir die Schweizer Politik ab 2024 gehörig aufwühlen, haben die Mitglieder selbst in der Hand. Hierfür wird am 4. November nach Bern geladen. Dann wird die Geschichte der GSoA weitergeschrieben.



Jubiläumspodium an der VV, v.l.n.r.: Hans Hartmann, Joris Fricker, Magdalena Küng, Andreas Gross. Foto: Thomas Bruchez

#### VOLLVERSAMMLUNG II

## Macht mit bei unserem neuen Projekt!

**Nach der VV vom Mai muss nun die Versammlung vom November vorbereitet werden. Dabei handelt es sich nicht um irgendein Treffen. Wir entscheiden dort unter anderem, welches unser neues Projekt wird.** PAULINE SCHNEIDER

Vor ein paar Monaten haben wir intern abgestimmt und drei Projekte auf die Shortlist genommen. Es geht darum, eine Initiative zu lancieren, die für uns wichtige Themen wieder ins Rampenlicht stellt und dabei ein von der Bevölkerung für wichtig erachtetes Thema anspricht. Zur Auswahl stehen folgende Themen: die Wiedereinführung des Botschafts asyls, die den Zusammenhang zwischen Migration und Krieg im Allgemeinen aufzeigen würde. Oder die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages (TPNW), über den in letzter Zeit viel gesprochen wird, insbesondere seit Russland seine Teilnahme am New Start ausgesetzt hat. Vor allem aber hatte das Schweizer Parlament 2018 entschieden, dass die Regierung den Vertrag

unterschreiben soll, was bis heute noch nicht geschehen ist. Die atomare Bedrohung ist heute aktueller denn je und wir dürfen nicht zulassen, dass die Machtspiele der NATO die Schweiz – die so stolz auf ihre humanitäre Tradition ist – davon abhalten, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Die dritte Option wäre eine Initiative, die das Armeebudget neu organisieren soll. Dieses ist zuletzt stets gewachsen und dies ohne demokratischen Entscheid und vor allem ohne Grund. Es wäre also an der Zeit, in Erinnerung zu rufen, dass andere Aspekte der globalen Sicherheit diese Milliarden gut gebrauchen könnten. Wenn der Bundesrat bis im November entscheidet, dass er den TPNW nun doch unterzeichnen will, würden wir ein anderes Thema aufgreifen: die

Schweiz als humanitäre Hochburg. Ihr habt es sicher gemerkt, diese Themen sind sehr breit und wir brauchen euch, um das nächste Projekt der GSoA zu gestalten. Wenn euch zu diesen Themen etwas einfällt, schreibt uns doch an gsoa@gsoa.ch – so können wir im November ein Projekt wählen, mit dem wir euch und die Bevölkerung begeistern und mobilisieren können.



SAVE THE DATE

**VOLLVERSAMMLUNG**  
**4. NOVEMBER 2023**  
**BERN**

#### ENAAAT

## Rückblick auf das Treffen der ENAAAT

**Ende Juni durfte die GSoA eine Delegation der Organisationen, die zur ENAAAT gehören, in Bern begrüssen. Während einigen Tagen wurde fleissig diskutiert und ausgetauscht.**

PAULINE SCHNEIDER

Das letzte Juniwochenende war vom Austausch geprägt: Delegierte der europäischen Mitgliedsorganisationen der ENAAAT (European Network Against Arms Trade) trafen sich in Bern, um über das zu diskutieren, was uns tagtäglich beschäftigt. Unter anderem wurden dabei der weltweite Anstieg bei den Waffenvorkäufen thematisiert, aber auch die Art und Weise, wie wir dieser blinden Aufrüstung begegnen können. Das Treffen begann mit einer öffentlichen Diskussion zu Atomwaffen. In einem ersten Teil hatten Expert\*innen aus verschiedenen Organisationen wie ICAN, der

Campagne tegen Wapenhandel, dem Corruption Tracker Project/ ArmsInformationCentre (RIB) und dem Movimento Nonviolento/Rete italiana Pace e Disarmo das Wort. Sie sprachen über den aktuellen Stand der Unterzeichnungen des Atomwaffenverbotsvertrages (TPNW), dessen Wichtigkeit, sowie über die Herausforderungen, denen wir begegnen müssen, bevor eine neue globale Friedensarchitektur geschaffen werden kann. Danach erinnerten uns Schweizer Parlamentarier\*innen daran, wie wichtig es ist, dass die Schweiz diesen Vertrag unterschreibt und ratifiziert. Der Stand der

Diskussionen und die verschiedenen Möglichkeiten zur Beschleunigung des Prozesses wurden ebenfalls angesprochen. Auf diesen erfolgreichen ersten Abend folgten zwei Tage, während denen in kleineren Gruppen diskutiert wurde, unter anderem über den Krieg in der Ukraine und die F-35. Hierzu gab uns Code Pink noch weitere Argumente gegen den Kauf dieses Jets, die wir zu unserer nicht abgeschlossenen Liste hinzufügen können. Wir konnten uns an diesem Wochenende mit Organisationen austauschen, die in einem anderen politischen und sozialen Umfeld aktiv sind. So konnten wir unseren Horizont dank neuen Erkenntnissen und Kampagnenmethoden erweitern. Wir freuen uns jetzt schon auf das nächste Treffen der ENAAAT!

## MULTILATERALISMUS

# Neutralität – Universalität – Solidarität

**Es braucht eine andere Neutralität – im Sinne der UNO und der Konzernverantwortung.**

JOSEF LANG

Die Neutralitäts-Diskussion, die in der Schweiz seit dem Überfall Russlands gegen die Ukraine geführt wird, dient vor allem dazu, die Schlüsselfrage, das Geschäftsmodell Schweiz, zu verdrängen. Die Nationalkonservativen tun das explizit mit ihrer unhaltbaren Behauptung, einseitige Sanktionen gegen Russland würden der Neutralität widersprechen. Die Mitte und die FDP, ohne die Putin den Krieg kaum mehr finanzieren und weniger Bomber, Raketen und Munition einsetzen könnte, tun alles, um von ihrer Komplizenschaft abzulenken. Zudem verfolgen sie weniger verschleiert eine alte Agenda: die Teilintegration in die Nato. Am Ablenken von der politischen Beihilfe zur Aufrüstung Putins haben auch jene Linken ein Interesse, welche dagegen nie etwas unternommen haben. Zudem gibt es seit Jahren auch in der SP und bei den Grünen Kräfte, welche die Annäherung an die Nato suchen. So liess sich kürzlich ein Berner Linker in der «Republik» verlauten mit der Forderung: «Und mit der NATO müsste wenigstens eine Art Assoziierungsabkommen geschlossen werden.» (24.4.2023).

**SANKTIONEN MACHEN DIE SCHWEIZ NEUTRALER**

Die materielle Neutralitätsfrage, die Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine tatsächlich aufwirft, widerspricht der SVP-Sicht diametral:

Die Schweizer Wirtschaft und Aussenwirtschaftspolitik hat während zwei Jahrzehnten einseitig Russland unterstützt. Tausende von russischen Firmen und Finanzinstituten, steinreiche Oligarchen, die praktisch alle von Putin abhängig sind, die Grossbanken, die Pharmaindustrie und vor allem die Rohstoffkonzerne haben die russische Kriegskasse gefüllt und Kriegsmaschine gefüttert – und tun es immer noch. Die Sanktionen gegen Russland machen die Schweiz neutraler. Auch dies weist darauf hin, dass Neutralität nicht im Widerspruch zu Solidarität stehen muss.

Die Annäherung an die Nato hat zwei Haken: einen politischen und einen militärischen. Politisch bedeutet sie den Anschluss an den nordwestlichen Teil des Planeten und das Verdrängen dessen Geschichte von Ausbeutung, Verbrechen und Kriegen. Der «Westen» ist nicht zu haben ohne das Abendland und all die jetzigen und kommenden Regierungen mit rechtsextremer Beteiligung. Der Druck, den die Nato gegen die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags ausübt, verdeutlicht, wozu es in der Neutralitätsfrage geht.

Die militärische Problematik wurde vom kürzlich verstorbenen NZZ-Militärexperten Bruno Lezzi in seinem Buch «Von Feld zu Feld» auf den Punkt gebracht. Als Gegner eines militärischen Alleingangs stellte der ehemalige

Oberst im Generalstab fest, dass Miliz-Soldaten, die nach drei Wochen wieder nach Hause gehen, der Nato und ihren Truppen bloss im Weg stehen. Zu den Einschränkungen wegen der Neutralität schreibt Lezzi: «Keinesfalls darf die Illusion genährt werden, dass Neutralitätsrecht und Neutralitätsstatus eine Verteidigungskooperation erlauben, die einen wirklichen Sicherheitsgewinn brächte.» Das einzige, was militärisch Sinn machte, wäre ein Nato-Beitritt, was die Aufhebung des Milizprinzips und der Neutralität erheischte. Da ist die Abschaffung der Armee nicht weniger realistisch.

Gemäss der jüngsten ETH-Studie «Sicherheit 2023» erachten 91 Prozent die Neutralität für richtig. Auch weil ein Mitmachen bei der Nato ein «Mitgegangen – mitgehangen» bedeutet. Das wäre der Schweiz am 4. September 2009 im afghanischen Kunduz beinahe passiert. Auf deutschen Befehl bombardierten US-Kampffjets einen im Sand steckengebliebenen Tanklastwagen, was über 100 Zivilpersonen, darunter vielen Kindern, das Leben kostete. Die Armee- und Nato-Pläne, die nicht zuletzt dank der GSoA vereitelt wurden, sahen ein Schweizer Detachement innerhalb des deutschen Kommandos in Kunduz vor.

**UNO STATT NATO**

Die Neutralität ist kompatibel mit der UNO, die auf globaler Ebene neutral ist. Nur ein universeller Völkerbund, der auf dem Völkerrecht baut und dieses auch durchzusetzen vermag,

kann den Weltfrieden, das Ziel aller Menschen guten Willens, erreichen. Was für die Schweiz vor 175 Jahren galt, gilt heute universell: Nur ein Bund kann Frieden und Sicherheit garantieren, ein Sonderbund kann es nicht. Hier liegt der Unterschied zwischen dem UNO-Bund, welcher der ganzen Menschheit, und dem Nato-Sonderbund, der dem reichen Nordwesten verpflichtet ist. Das Mitmachen in der UNO muss verbunden werden mit dem Ausbau der guten diplomatischen Dienste und des Katastrophenhilfekorps, der Leistung von Zivil- und Friedensdiensten im Ausland und soldatischen Einsätzen als UNO-Blauhelme und UNO-Blaumützen.

Das wichtigste, was die Schweiz für den Frieden auf der Welt leisten kann, ist der Verzicht auf Waffenexporte und die Finanzierung der Rüstungsproduktion – eine Wirtschaftspolitik im Sinne der Konzernverantwortungsinitiative und ein globales Engagement gegen die Klimaerwärmung. Diese ist bekanntlich das grösste Sicherheitsrisiko für den Planeten und die Menschheit.

## REPRESSION

# Drei Streikende vor dem Bundesstrafgericht

**Am 5. Mai fand in Bellinzona vor dem Bundesstrafgericht der Prozess statt, in dem sich die Bundesanwaltschaft und drei Mitglieder des Klimastreiks gegenüber standen. Ihr Verbrechen? Sie haben 2020 zu einem Militärstreik aufgerufen.** KILIAN BELLO

Der Aufruf genügte, um völlig übertriebene juristische Massnahmen gegen die drei Jugendlichen loszutreten: Einheiten von Kantons- und Bundespolizei und sogar ein Helikopter wurden aufboten, um die Wohnsitze der drei Streikenden zu durchsuchen, IT-Material zu beschlagnahmen und sie zu verhaften. Zwei Jahre später stehen die drei in Bellinzona nun vor Gericht. Dort begegnete die Polizei den etwa dreissig Unterstützer\*innen der Angeklagten mit einem Grossaufgebot. Ein Journalist von RSI erzählte uns sogar, er sei nur aus Neugierde ob dieser absurden Anklage zur Anhörung gekommen. «Absurd» ist wohl das richtige Wort, um diesen Fall zu beschreiben, der drei Antimilitarist\*innen vor ein Gericht gebracht hat, vor dem üblicherweise des Terrors angeklagte Menschen stehen. Als solche werden die drei dann auch vor Gericht behandelt. Die Bundesanwaltschaft beschrieb denn auch die Ange-

klagten als gefährliche Kriminelle. So wollten sie vermutlich die ausserordentlichen Massnahmen rechtfertigen, die sie ergriffen haben, um einem Vergehen zu begegnen, das keines ist. Eine der Angeklagten äusserte sich während des Prozesses hierzu: «Ich erkenne mich nicht wieder in diesem schuldigen, zerstörerischen und hirnlosen Wahn, ich erkenne mich nicht wieder in dieser Bedrohung, die ich für die Gesellschaft sein soll. Ich erkenne mich nicht wieder in dieser Person, die man vor Gericht stellt.»

Wie lässt sich diese juristische Verbissenheit erklären? Einer der Angeklagten meint dazu: «Ich habe das Gefühl, dieses ist in einer globalen Repression der Aktivist\*innenbewegungen zu verorten.» Und tatsächlich, seit einigen Jahren nehmen Prozesse gegen politische Aktivist\*innen ein noch nie dagewesenes Ausmass an. Dies führt dazu, dass einige zweimal überlegen,

bevor sie sich engagieren. Während des Prozesses wurde des Weiteren ganz klar auf den «chilling effect» verwiesen. Es handelt sich dabei um ein perfides Vorgehen, das durch die Androhung schwerwiegender juristischer Konsequenzen Personen entmutigen soll, ihre politischen Rechte wahrzunehmen. Denn entgegen aller Behauptungen seitens der Staatsanwaltschaft handelt es sich bei diesem Verfahren ganz klar um einen politisch motivierten Prozess. Die Bundesanwaltschaft begründete ihre Anklage auf einem archaischen Gesetz, das seit Jahrzehnten nicht mehr angewandt wird, und dies nur weil ein SVP-Nationalrat nicht zufrieden war, dass dieser Fall nicht weiterverfolgt wurde. Dabei hatte der Bundesrat im Namen der freien Meinungsäusserung zunächst beschlossen, die Angeklagten nicht weiter juristisch zu belangen.

Was wir bei diesem Fall sehen, ist ein besorgniserregendes Bild der Meinungsfreiheit in der Schweiz. Diese wiederholten Verurteilungen von Aktivist\*innen führen dazu, dass politische Aktivist\*innen sich aus Angst vor

Sanktionen nicht mehr engagieren. Die drei Antimilitarist\*innen, deren Fall in Bellinzona verhandelt wird, sind zwar müde, haben aber ihre Ideale nicht aus den Augen verloren. Sie haben uns jedoch gesagt, sie würden ihren Kampf in Zukunft anders führen.

Die drei Angeklagten wurden letztlich – knapp nach Redaktionsschluss – freigesprochen. Wir möchten diesen Artikel mit einigen Zeilen beenden, die von einer der Angeklagten zum Ende des Prozesses auf Französisch vorgetragen wurden:

*«Unsere Bücher, Blätter und Stimmbänder hätten wir uns wegnehmen sollen*

*Denn die Texte und Gedichte, die ihr uns verbietet,*

*Die lesen wir*

*Die schreiben wir*

*Die schreien wir!*

*Verbrennen könntet ihr sie*

*Doch sie sind die Bomben,*

*Die die Armee zu Grunde richten werde»*

## UKRAINE

BÜRGERLICHES PARLAMENT

## Die Demaskierung der bürgerlichen Solidaritäts-Floskeln

**Der Ukraine-Krieg führte dazu, dass in vielen Ländern darüber diskutiert wird, wie der Ukraine geholfen werden kann – so auch in der Schweiz. Dabei wurde sichtbar, wer es wirklich ernst meint mit Begriffen wie «Solidarität» und wer den Krieg nutzt, um Interessenpolitik zu betreiben.** MARTIN PARPAN

Dass sich die SVP nicht zu schade ist, selbst den Ukraine-Konflikt zu instrumentalisieren, um gegen Menschen zu hetzen, die keinen Schweizer-Pass haben, dürfte nicht überraschen. Sie sieht vor allem die Schweizer-Steuerzahler\*innen durch diesen Krieg bedroht. Immerhin darf man der SVP zugutehalten, dass sie den Begriff «Solidarität» gar nicht erst verwendet – immerhin ehrlich.

Anders sieht es bei den Freisinnigen aus. Thierry Burkart zeigt sich, was die Verwendung des Begriffs «Solidarität» betrifft, sehr aktiv und angriffslustig. So forderte er, dass «die

Linken ihre gepredigte Solidarität ernst nehmen sollen, danach handeln müssen. Im Moment bedeutet europäische Solidarität eben militärische Solidarität». Es kann nicht wegdiskutiert werden, dass es auf die Frage, ob Waffenlieferungen an die Ukraine richtig sind oder nicht, keine einfache Antwort gibt. Wesentlich einfacher ist aber die Beantwortung der Frage, ob zivile Hilfe für die Ukraine richtig ist oder nicht. Es gibt weder Neutralitätspolitisch noch, was die positive Wirkung von ziviler Hilfe an die Ukraine betrifft, Vorbehalte. Somit liegt es auf der Hand, dass die Schweiz ihre Solidarität mit der ukrai-

nischen Bevölkerung wirkungsvoll dadurch leben kann, wenn sie mehr Flüchtlinge aufnimmt, Oligarchen-Gelder einzieht und Hilfsprogramme finanziert.

### SOLIDARISCH MIT SICH SELBST

Und genau, wenn es um solche Punkte geht, kommt es zur totalen Demaskierung jener bürgerlichen Politiker, die der Linken mangelnde Solidarität vorwerfen. So wurde eine Motion der Aussenpolitischen Kommission, die ein Hilfspaket für die Ukraine von fünf Milliarden Franken forderte, von rechter Seite abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die Schaffung einer Oligarchen-Taskforce, die das Ziel gehabt hätte, russische und belarussische Oligarchengelder aufzuspüren. Ein exemplarisches Beispiel, was Teile der Rechten unter der gegen aussen kom-

munizierten Solidarität wirklich verstehen, liefert die FDP gleich selbst. In einem Video zieht Thierry Burkart unter dem Titel «ein Jahr Krieg in der Ukraine» Bilanz. Neben viel Lob für die Leistungen von Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis werden im Video martialische Bilder von Panzern, Explosionen und Gefechts-situationen gezeigt. Allerdings nicht etwa solche aus der Ukraine, sondern solche von Schweizer Armeeingehörigen in der Ausbildung. Burkart fordert, dass die Schweiz ihre Hausaufgaben für die Verteidigungsfähigkeit mache. Sein Solidaritätsbegriff gilt somit mehr der Schweizer Armee und der Rüstungsindustrie. Vielsagend schliesst das Video dann auch nicht mit dem Fokus auf die Ukraine, sondern mit dem aufschlussreichen Satz «Wir machen die Schweiz stark».

OFFENER BRIEF

## Illegitime Kriegsgewinne besteuern!

**Rohstoffkonzerne wie Glencore, Vitol und Cargill schreiben derzeit historische Gewinne. Seit dem Angriff Putins auf die Ukraine beweisen die exorbitanten Gewinne der Rohstoffriesen, wer als Profiteur aus diesem Krieg hervorgeht.** ANJA GADA

Die in Genf und Zug ansässigen Firmen, die vor dem Kriegsausbruch durch den Handel mit Öl und Gas den russischen Staatshaushalt und damit dessen Aufrüstung massgeblich finanziert haben, sind dieselben, die nun von den Marktverwerfungen im Rohstoffhandel profitieren. Das muss aufhören.

Als eine der wichtigsten Drehscheiben des globalen Rohstoffhandels sollte die Schweiz in der Verantwortung stehen, transparente Verhältnisse zu schaffen und die Finanzierung von autoritären Regimes durch den Handel mit

Rohstoffen zu verhindern. Seit Jahren wird jedoch jegliche Forderung nach einer stärkeren Regulierung des Milliardengeschäfts mit fossilen Energien, Getreide oder Kaffee von der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments verhindert. Seit dem Krieg in der Ukraine sind die Ölpreise aufgrund von Engpässen, Börsenspekulation und Sanktionen in die Höhe geschossen. Das Business der Rohstoffgiganten floriert wie nie zuvor. So steigerte die Genfer Firma Glencore im Jahr 2022 ihren Gewinn im Vergleich zum Vorjahr um 248% – und erwirtschaftete mit 17

Milliarden US-Dollar knapp 3.5-Mal so viel wie im Jahr zuvor.

Anstatt diese Kriegsgewinne denjenigen zugute kommen zu lassen, die am meisten unter den Folgen des Krieges leiden, profitiert die Manageretage der Rohstoffkonzerne von einer humanitären Krise. Die EU hat dies bereits erkannt und folgerichtig eine Windfall Tax, wie sie auch nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt wurde, erlassen. Mit dieser Grundlage können Übergewinne im Energiesektor mit einer Sondersteuer belegt werden. So werden die übermässigen Gewinne an jene rückverteilt, deren Lebenskosten aufgrund der hohen Energiepreise in den letzten Monaten massiv gestiegen sind.

In den vergangenen Wochen hat die GSoA gemeinsam mit Public Eye, Greenpeace, der Klimaallianz, friedenspolitischen Gruppierungen, ukrainischen Vereinen und russischen Oppositionellen einen offenen Brief an das Parlament lanciert. Im Brief wird eine sofortige Zustimmung der parlamentarischen Initiative des Grünen-Präsidenten Balthasar Glättli gefordert, die die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer zum Ziel hat. Die ausserordentlichen Steuereinnahmen sollen der Ukraine für den ökologischen und sozialen Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Schweizer Antimilitarist\*innen und Pazifist\*innen müssen alles tun, um den Rohstoffhandelsplatz als Kriegsfinanzierer und Kriegsgewinnler zu stoppen.

Hier können Sie den offenen Brief unterzeichnen: [www.kriegsgewinne.ch](http://www.kriegsgewinne.ch)

WEHRDIENSTVERWEIGERUNG

## Das Recht, nicht hin zu gehen

**Auch für pragmatische Antimilitarist\*innen gibt es durchaus Gründe, das Recht auf Selbstverteidigung eines angegriffenen Landes anzuerkennen. Ob sich jemand daran beteiligen will, muss jedoch immer ein individueller Entscheid ohne Zwang sein – egal ob in der Schweiz, in Österreich oder der Ukraine.** ANDREAS WEIBEL

«Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.» Dieser ebenso utopische wie pragmatische Leitsatz galt und gilt in vielen Situationen. Für US-Soldaten in Vietnam, für französische Truppen im algerischen Unabhängigkeitskrieg oder nun für russische Militärs in der Ukraine. Würden sie sich weigern zu kämpfen, wäre der Krieg vorbei, und zwar sofort.

Weder Russland noch die Ukraine anerkennen derzeit das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In beiden Ländern werden Männer

willkürlich auf der Strasse zum Wehrdienst eingezogen und mit Gefängnis bestraft, wenn Sie sich weigern, in den Krieg zu ziehen. Beispielsweise Vitaliy Aleksienko, den ein Berufungsgericht in Iwano-Frankiwsk zu einem Jahr Gefängnis verurteilte, obwohl sowohl die Verteidigung als auch die Anklage auf Freispruch plädiert hatten, da Vitaliy religiöse Gewissensgründe geltend machte. In einem anderen Fall wird einem Rekrutierungsbeamten vorgeworfen, gezielt zwei junge Sportler eingezogen zu haben, die in seinen

Augen zum falschen Handballverein gewechselt waren.

In der Ukraine können solche Praktiken weiterhin in Frage gestellt werden. Selbst hohe Militärs kritisieren in der Presse, dass die Zwangsrekrutierten für die Front nicht geeignet seien. In Russland wird Widerstand gegen die Wehrpflicht hingegen zunehmend kriminalisiert. Diesen Juni wurde die «Bewegung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Russland» zum «Ausländischen Agent» erklärt. Die Organisation berät junge Russen, die sich gegen die Rekrutierung zum Militärdienst wehren und ist wie die GSoA Mitglied der War Resisters' International.

### BOTSCHAFTSASYL

Während sich in der Ukraine gemäss der deutschen TaZ einige Zehntausend Wehrpflich-

tige weigern, Militärdienst zu leisten, sind es in Russland Millionen, die sich von den Rekrutierungsbehörden verstecken oder sich ins Ausland abgesetzt haben.

Menschen aus Russland, welche sich dem Dienst in der Armee verweigern, haben in der Schweiz keine Chance, Asyl zu erhalten. Dabei sollte die Schweiz Asyl nicht nur für Russen gewähren, die bereits in die Schweiz gelangt sind, sondern das auch in Schweizer Botschaften ermöglichen. Nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch weil wir alles Interesse daran haben, dass keine\*r mehr hingeht.

## ARMEEBESTAND

## Das inexistente Alimentierungsproblem

**Die Armee klagt schon lange über ihr angebliches Bestandsproblem. Der Schuldige ist klar: der Zivildienst. Wagt man sich aber in die Zahlenbeigerei des VBS, so merkt man schnell, dass das Problem konstruiert, um nicht zu sagen, inexistent ist.** JONAS HEEB

Gleich vorneweg: Dieser Artikel reicht nicht, um das ganze Spiel des VBS mit den Bestandszahlen darzulegen. Auf [www.gsoa.ch](http://www.gsoa.ch) finden Sie einen ausführlicheren Beitrag zu diesem Thema.

Das VBS schreibt schon seit Jahren, dass die Armee ein Alimentierungsproblem hat, welches sich bis Ende des Jahrzehnts verschärfen soll. Im Dezember deckte das Onlinemagazin Republik jedoch auf, dass der aktuelle Effektivbestand der Armee mit 151'299 Angehörigen (Auszahlung 2022) widerrechtlich zu gross ist. Gesetzlicher Maximalbestand ist nämlich 140'000. Gemäss den Reaktionen von mehreren Sicherheitspolitiker\*innen, wie auch VBS-Vorsteherin Viola Amherd, muss leider angenommen werden, dass kaum jemand diese Überschreitung des Effektivbestands auf dem Schirm hatte. Das hielt das VBS aber nicht davon ab, ständig von einem

Alimentierungsproblem zu reden und Massnahmen beim Zivildienst zu fordern. Erst gerade an der Sommersession wurden zwei Berichte zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz diskutiert, während der Effektivbestand der Armee widerrechtlich zu gross ist. Allein das ist an Absurdität eigentlich kaum zu überbieten.

### DIE ZAHLENBEIGEREI DES VBS

Nun ist der Einwand, dass aufgrund von in der Vergangenheit beschlossenen Massnahmen 2028 und 2029 jeweils ein Jahrgang mehr aus der Armee entlassen wird als üblich. Gemäss VBS sind das 12'000 Personen pro Jahrgang. Seine Prognose sieht vor, dass der Effektivbestand bis 2024 auf 157'000 ansteigt, anschliessend bis 2028 ungefähr so verbleibt und bis **2030 auf 123'000** sinkt. Wieso das VBS zu den 24'000,

die entlassen werden, noch weitere 10'000 abzieht (Differenz von 157'000 und 123'000 beträgt 34'000), bleibt wohl ein Geheimnis. Doch dieser Unstimmigkeit gehen zwei weitere, zentrale und unerklärliche Punkte voraus:

1. Die Armee sieht ab 2024 bis 2028 kein Wachstum mehr vor. Seit das neueste Armeemodell «Weiterentwicklung der Armee» (WEA) 2018 eingeführt wurde, wuchs die Armee durchschnittlich jährlich um 4'000 Personen. Es gibt keine Anzeichen, dass dieses Wachstum stoppen wird. Im Gegenteil: Der Zivildienst soll geschwächt, die Armee attraktiviert und zudem mehr Frauen ins Boot geholt werden. All das und auch die demografischen Angaben lassen auf weiteres Wachstum schliessen.

2. Das VBS rechnet mit 12'000 Personen pro entlassenen Jahrgang. In den vergangenen Jahren waren es jedoch zwischen 7'000 und 8'000. Wieso es bei diesen Jahrgängen plötzlich 4'000-5'000 Armeeingehörige mehr sein sollten, wird nicht erläutert.

Nehmen wir an, dass sich das jährliche Wachstum von 4'000 Angehörigen pro Jahr fortsetzt und dass bei den entlassenen Jahrgängen nur 10'000 Angehörige entlassen werden (das ist immer noch sehr grosszügig), dann kommen wir auf einen Effektivbestand von **159'000 im Jahr 2030**. Man kann das durchaus als Milchbüchleinrechnung bezeichnen, immerhin erklären wir aber unsere verwendeten Zahlen. Das VBS tut das effektiv nirgends, auch auf mehrfache Nachfrage und Konfrontation mit den Prognosen unsererseits wurde nicht reagiert.

### SCHWEIGEN IST GOLD

Die Kommunikation des VBS in dieser Sache lässt einem den Kopf schütteln. Es wurde mehrfach mit dem illegalen Überbestand konfrontiert und auf die unerklärten Zahlen hingewiesen. Doch es hält an seinem Narrativ fest und leider folgen die bürgerlichen Parteien: Die Armee

hat ein Problem und der Zivildienst muss dafür erhalten. Dass aktuell ein gesetzeswidriger Überbestand vorliegt, der auch gemäss Prognosen des VBS bis 2028 anhalten soll, wurde vom Bundesrat kaum kommentiert. Eigentlich ein Skandal. Immerhin hiess es im Bericht zur Umsetzung der WEA, dass die beiden zusätzlich zu entlassenden Jahrgänge früher vorgenommen werden sollen. Doch auch in diesem Bericht, der Anfang Juni erschien, wird nicht auf den Überbestand eingegangen, die Widerrechtlichkeit wird verschwiegen, es wird weiter behauptet, dass die Armee ein Problem hat. Die willkürlichen Prognosen werden weiterhin nicht erläutert, es wird einfach stur wiederholt und in die Köpfe eingebrannt, dass der Armee die Leute ausgehen.

### SÜNDEBOCK ZIVILDIENTST

Wenn die Armee einfach rein gar nichts unternehmen würde, müsste sie sich eher Gedanken machen, wie der Überbestand abgebaut und künftig verhindert werden kann, anstatt den Zivildienst ständig anzugreifen. Es ist ja aber kein Geheimnis, dass der Zivildienst der Armee und ihrer politischen Lobby ein Dorn im Auge ist, den man am liebsten ganz abschaffen will. Hierbei sei erwähnt, dass die Abgänge in den Zivildienst seit Jahren stabil sind und nicht zunehmen. Doch seit Putins Angriffskrieg kann sich die Armee praktisch jede politische Forderung erlauben. Wir haben das beispielsweise schon beim absurd hohen Armeebudget gesehen, wo niemand so wirklich weiss wohin damit und weswegen nun überall im Staatshaushalt gespart werden muss. Der Umgang mit dem Überbestand der Armee lässt leider keinen anderen Schluss zu, als dass sich die Armee nicht an das Gesetz halten muss. Und wenn die Armee wirklich ein Alimentierungsproblem hätte, täte sie gut daran, bei sich selbst anzufangen. Vielleicht könnte man hinterfragen, ob sie wirklich 140'000 Angehörige braucht. Man könnte sich auch fragen, wieso gewisse Soldaten lieber einen Dienst für die Allgemeinheit leisten, als stundenlang rumzusitzen und von irgendwelchen Leuten in Uniform angeschrien zu werden.

Aktion vor dem Bundeshaus während der Ratsdebatte zu den Alimentierungsberichten. Foto: Anna-Lena Keller



## FLUGSHOW

## Patrouille-Suisse: Unnützlich, laut, teuer, klimaschädlich und gefährlich

**Bei einem Training der Kunstflugstaffel Patrouille Suisse (PS) kam es am 15. Juni 2023 über Baar (ZG) zu einem Zusammenstoss zweier F5-Tiger Kampffjets. Trümmerteile schlugen in bewohntem Gebiet ein und verletzten eine Person. Nur durch Zufall wurden nicht mehr Menschen verletzt.** MARKUS AREGGER

«Anmutig, spektakulär, akrobatisch – das sind die Kunstflugstaffeln der Schweizer Luftwaffe. Auf eindruckliche Art und Weise zeigen die Artisten am Himmel ihre Manöver», so schwärmt der Schweizer Luftwaffenchef in der neuesten Broschüre des VBS. Dass die Patrouille Suisse furchtbar laut, extrem klimaschädlich, teuer, unnützlich und – wie sich nun nicht zum ersten Mal zeigte – auch gefährlich ist, wird verschwiegen.

### TEUER, KLIMASCHÄDLICH UND NUTZLOS

Pro Flugstunde stösst ein Tiger 6.5 Tonnen CO<sub>2</sub> aus. Der Durchschnitts-Ausstoss pro Kopf und Jahr in der Schweiz liegt bei ca. 4 Tonnen. Eindrücklich auch die Kosten: Eine Flugstunde mit dem Tiger kostet den Staat CHF 40'000.

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, welchen Nutzen überhaupt eine staatliche Kunstflugstaffel hat. Dazu SVP-Politiker Werner Salzmann (SVP/BE): «Es ist das Aushängeschild unserer Luftwaffe und hat gegen Aussen eine abschreckende Wirkung.» Wohingegen Ueli Maurer an einer Sitzung gesagt haben soll: «Um Folklore zu machen, haben wir künftig keine Flugzeuge mehr.» Der Nutzen soll also in Folklore und gleichzeitiger Abschreckung liegen.

### LÄRMIGE ARTISTEN AM HIMMEL

Laut Kanton Luzern werden rund um den Flugplatz Emmen (wo die Patrouille Suisse stationiert ist) die Lärmgrenzwerte überschritten. Wer in der Umgebung des Flugplatzes wohnt, weiss, dass selbst kilometerweit entfernt der

Fluglärm von Kampffjets belästigend bis belastend ist. Zudem ist die Lärmwahrnehmung eine andere, ob man sich bewusst an eine kurzzeitige Flugshow begibt, oder ob man bei alltäglicher Arbeit von Kampffjet-Lärm gestört wird.

Fazit: Die Patrouille Suisse ist ein Aushängeschild der Armee für Folklore, das den Steuerzahlenden pro Stunde 40'000 Franken kostet und dabei die Atmosphäre mit so viel CO<sub>2</sub> belastet, wie ein\*e Durchschnittsbürger\*in pro Jahr ausstösst. Die Patrouille Suisse gehört aufgelöst!



Patrouille Suisse, ein Spielzeug.  
Foto: Markus Aregger

GASTARTIKEL AUS DER GRASWURZELREVOLUTION

## Kriegsdienstzwang – Wehrpflicht in Österreich

**Nachdem es jahrelang so aussah, als ob die «Wehrpflicht» in Europa bald der Geschichte angehören würde, kehrte der militärische Zwangsdienst spätestens seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine vielerorts wieder in die politische Debatte Deutschlands und anderen europäischen Ländern zurück. Ein Blick nach Österreich.** DANIEL JERKE

Österreich ist eines der wenigen EU-Länder, das die «Wehrpflicht» in den letzten Jahrzehnten nicht ausgesetzt oder abgeschafft hat. Zurzeit leisten ungefähr 7.000 junge Männer ihren sechsmonatigen «Grundwehrdienst» beim Bundesheer ab. Über das ganze Jahr hinweg sind es circa 18.000 sogenannte Grundwehrdiener, die 16.000 Berufssoldaten und 30.000 Reservist\*innen (darunter nur sehr wenige Frauen) ergänzen. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung existiert seit 1975. Weil die «Wehrpflicht» von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert wurde und auch alle wichtigen politischen Akteur:innen sie unterstützten, blieb die Zahl der Verweigerer lange überschaubar. Das hat sich jedoch in den letzten Jahren geändert: Der Anteil der sogenannten Zivildienner an einem Geburtenjahrgang liegt mittlerweile bei um die vierzig Prozent. 2022 waren das über 14.000 Personen, wodurch der Zivildienst zu einem wichtigen Faktor des österreichischen Sozialwesens geworden ist.

Allerdings ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weiterhin sehr eingeschränkt: So muss der Antrag auf Verweigerung innerhalb einer bestimmten Frist gestellt werden. Eine Verweigerung nach Antritt des Kriegsdienstes ist nicht möglich. Darüber hinaus ist der «Ersatzdienst» drei Monate länger als der Kriegsdienst. Ebenso ist die Vergütung für Grundwehr- und Zivildienst auf dem Papier zwar dieselbe, aber in der Praxis sind die Zivildienner materiell häufig schlechter gestellt, unter anderem weil für den Zivildienst ein Umzug notwendig sein kann, wenn es im Herkunftsort keine freie Stelle gibt. Diese Punkte haben Österreich auch immer wieder Kritik internationaler Organisationen eingebracht, wie 1997 von Amnesty International und 2015 vom Internationalen Versöhnungsbund. Allerdings kommt es inzwischen viel häufiger vor, als untauglich eingeschätzt zu werden, wodurch auch

der Zivildienst entfällt. Zuletzt lag der Anteil der Untauglichen bei ungefähr einem Viertel pro Jahrgang. Für viele junge Männer gibt es also Möglichkeiten, dem Kriegsdienst relativ unkompliziert zu entgehen, was wiederum Druck aus dem System nimmt. Darüber hinaus wird die Konfrontation mit dem Staatsapparat aber auch aus politischen Gründen vermieden, weil es keine breite gesellschaftliche Bewegung gegen den Zwangsdienst gibt. Das wurde bei der Volksbefragung zur «Wehrpflicht» vor zehn Jahren deutlich.

Vor dem Hintergrund der Aussetzung der «Wehrpflicht» in Deutschland und Schweden und um von der eigenen Ideenlosigkeit angesichts der Eurokrise abzulenken, setzte die sozialdemokratisch-konservative Regierung am 20. Januar 2013 eine landesweite Volksbefragung an. Auch wenn das Ergebnis nicht rechtlich bindend war, versprach die Regierung, das Ergebnis zu respektieren. Auf dem Stimmzettel konnte zwischen zwei Optionen gewählt werden: «Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres?» oder «Sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?». Bereits die Formulierungen lassen erahnen, dass es damals mindestens genauso viel um den Zivildienst wie um die «Wehrpflicht» ging. Mit 59,7 % sprach sich schließlich eine Mehrheit (bei einer Wahlbeteiligung von 52,4 %) für die Beibehaltung der «Wehrpflicht» aus. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte treffend: «Die ÖVP [...] hat die Angst verbreitet, dass mit einer Abschaffung von «Wehrpflicht» und Zivildienst der Rettungswagen in Zukunft zu spät kommt und niemand mehr bei Hochwasser hilft.»

Radikale linke, pazifistische und antimilitaristische Personen und Gruppen stellte die Be-

fragung hingegen vor ein Dilemma. Zwar wurde die Regierung von verschiedenen pazifistisch-antimilitaristischen Gruppen dafür kritisiert, die Frage nach der Abschaffung des Bundesheeres bewusst umgangen zu haben, doch darüber hinaus gelang es nicht, sich auf ein einheitliches und entschiedenes Vorgehen zu einigen. Angesichts von nur zwei Optionen auf dem Stimmzettel, tendierten viele Personen aus diesem Milieu dazu, in der «Wehrpflicht» das «kleinere Übel» zu sehen, da ein Berufsheer als grosser Schritt in Richtung NATO-Beitritt und Beteiligung an Angriffskriegen wahrgenommen wurde. Zu dieser Befürchtung hatte der Vorsitzende des Komitees für ein Ende der Wehrpflicht, Hannes Androsch, beigetragen, der ein Berufsheer unter anderem für die «Sicherung von Rohstoff- und Energiequellen» im Ausland einsetzen wollte. Besonders deutlich wurde diese Zerrissenheit an den widersprüchlichen Empfehlungen der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Während deren Bundesvorstand dazu aufrief, ungültig zu stimmen und «Bundesheer abschaffen» auf den Stimmzettel zu schreiben, widersprach der wichtigste Landesverband öffentlich. Eine Abschaffung des Bundesheeres würde einerseits dem Aufbau einer EU-Armee Vorschub leisten und andererseits zur Aufrüstung der Polizei führen. Daher sei eine Stimme für die «Wehrpflicht» eine Stimme für die Neutralität und «gegen die weitere Unterwerfung unseres Landes gegenüber der EU». Letztendlich hat das Votum für die «Wehrpflicht» die Aushöhlung der Neutralität auch nicht aufgehalten. Stattdessen haben die internen Meinungsverschiedenheiten dazu beigetragen, dass linke und pazifistische Gruppen das Thema «Wehrpflicht» eher meiden. Das lässt sich zum Beispiel daran ablesen, dass aktuell auf der Internetseite der KPÖ zwar eine «aktive Friedens- und Neutralitätspolitik» gefordert, aber keine eindeutige Stellung zu Bundesheer und «Wehrpflicht» bezogen wird. Auch das seit 2019 existierende «Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit», das immerhin vierzig Organisationen umfasst, formuliert keine eindeutige Position zu diesem Thema, weil ihre Mitgliedsorganisationen dazu verschiedene Ansichten haben. Wer nun auf die Begrifflichkeiten geachtet hat, wird sich zurecht fragen, was es aber nun mit dieser Neutralität auf sich hat.

In Österreich ist die Idee der «immerwährenden Neutralität» ein zentraler Begriff der politischen Debatten. Sie war 1955 nach Ende der Besatzungszeit in Form eines Gesetzes erklärt worden und Grundlage der Bündnisfreiheit des Landes im Kalten Krieg. Darüber hinaus war jedoch von Anfang an unklar, was die Neutralität nun praktisch bedeutete. Das ist bis heute so geblieben. So verkaufen österreichische Rüstungsunternehmen (z. B. Glock oder Steyr Arms) schon immer gerne ihre Produkte in alle Welt. Trotz Neutralität arbeitet Österreich seit 1994 offiziell mit der NATO zusammen. Das Bundesheer ist ebenso in die militärischen Strukturen der EU eingebunden (Battle Groups, PESCO) und auch dazu verpflichtet, einem anderen Mitglied, das angegriffen wird, militärisch beizustehen. Trotzdem beziehen sich immer noch fast alle politischen Akteur:innen positiv auf die Neutralität, weil der Begriff mittlerweile derart nichtssagend geworden ist, dass ihn jede politische Kraft mit ihren jeweiligen Vorstellungen vereinbaren kann.

Inzwischen finden auch in Österreich autoritäre und militaristische Vorstellungen wieder mehr Anklang. Unmittelbar nach Beginn des Ukraine-Krieges forderten SPÖ und FPÖ den Kriegsdienst um zwei Monate zu verlängern. Dieser Vorschlag scheiterte zwar vorläufig am Widerstand der Grünen in der Regierung, aber bei der Aufrüstung waren sich wieder alle einig. So ist geplant, das Militärbudget in den nächsten Jahren auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen und eine Mehrheit der Bevölkerung heißt das (trotz einer Rekordinflation) auch noch gut, denn auch in Österreich ist die wirre Behauptung verbreitet, das Bundesheer sei «kaputt gespart» worden. Dabei ist das Militärbudget in den vergangenen Jahren bereits kräftig gesteigert worden, unabhängig davon, wer gerade im Kriegsministerium am Ruder war. Und seit der Volksbefragung waren das immerhin sechs Männer und eine Frau aus drei verschiedenen Parteien sowie zwei ohne Parteizugehörigkeit. Des Weiteren existiert seit dem 1. April ein «freiwilliger Grundwehrdienst» für Frauen, denn das Bundesheer versucht mit seiner Propaganda zunehmend auch Frauen zu erreichen. 2021 sprach sich sogar schon eine Mehrheit der Bevölkerung für eine Ausweitung der «Wehrpflicht» auf Frauen aus. Ebenso wird versucht, den Anteil der Kriegsdienstleistenden zu steigern. Zum Beispiel wurden vor zwei Jahren die Kriterien für eine Untauglichkeit verschärft, wovon einige hundert Männer betroffen waren. Nennenswerten Widerstand dagegen gab es nicht, weil auch die Zivildienstorganisationen von dieser Entscheidung profitierten. Das Beispiel Österreich zeigt, dass es unabdingbar ist, eine eigenständige linke friedenspolitische und antimilitaristische Position zu formulieren und offensiv zu vertreten, um sich nicht zwischen zwei vom Mainstream präsentierten Optionen aufzureiben.

*Der Artikel erschien in einer längeren Version am 4. Mai 2023 in der deutschen, anarchistischen Zeitschrift Graswurzelrevolution. Der Autor dankt all seinen Gesprächspartner\*innen für ihre Hilfe bei der Entstehung dieses Beitrags.*

SUDAN

## «NO TO WAR» heisst es auf den Strassen Sudans. Doch was bedeutet das?

**Desillusioniert von den Zyklen der Militärregierungen, den wiederkehrenden Reformen und dem blossen Wechsel der Galionsfiguren, rief die Bevölkerung dazu auf, das gesamte Regime und die bestehenden Systeme zu stürzen.** JAMAL MAHMOUD

Die aktuellen Kämpfe zwischen den militärischen Fraktionen im Sudan müssen vor dem Hintergrund der sudanesischen Revolution betrachtet werden, die im Dezember 2018 begann. Im Prozess schlossen sich unzählige Bündnisse und Koalitionen zusammen, auch die Nachbarschafts-Widerstandskomitees. Der Aufstand führte zwar zum Sturz der 30-jährigen Diktatur Omar al-Bashirs im April 2019, doch konnte sich das Volk nicht vollständig von den Fesseln des Militärs befreien. Die Menschen fanden sich sofort in einem komplexen geopolitischen Netz wieder. Internationale Kräfte mit unterschiedlichen Interessen unterstützten entweder offen die Militärs oder drängten im Namen eigenütziger Aussenpolitik auf «friedliche» Gespräche. Daraufhin wurde eine zivil-militärische Übergangsregierung eingesetzt, die den Übergang zur Demokratie leiten sollte.

Die beiden derzeit kämpfenden Fraktionen – die sudanesischen Streitkräfte unter General Abdel-Fattah al-Burhan und das Paramilitär der Rapid Support Forces (RSF) unter «Hemeti» (Mohamed Hamdan Dagalo) – teilten sich die Macht in einem Militärrat, in dem Burhan Prä-

sident und Hemeti Vizepräsident war. Doch bereits im Oktober 2021 haben sie die Zivilregierung durch einen Militärputsch gestürzt und die für 2022 geplanten Wahlen abgesagt.

Die Widerstandskomitees, welche über die ganze Zeit vom Übergangsprozess ausgegrenzt wurden und diesem misstrauisch gegenüberstanden, sahen ihre Stärke darin auf den Strassen zu agieren. Nach dem Staatsstreich setzten sie im ganzen Land einen Bottom-up-Prozess zur Erreichung eines Konsens über die Zukunft des Sudan in Gang. Dieser Prozess brachte nicht nur eine, sondern zwei Chartas hervor. Aufstrebend, organisch, pluralistisch, dezentralisiert, führungslos. Unter dem Motto «Keine Verhandlungen, keine Legitimation, keine Partnerschaft» lehnen die Widerstandskomitees und andere Gruppen weiterhin jede ausländische Intervention, Gespräche unter Leitung der UNO und Einladungen von Putschisten und politischen Parteien ab.

Eines der Ziele der Revolution ist es, den militärischen, sicherheitspolitischen und kommerziellen Komplex zu zerschlagen, der die Ressourcen des Landes kontrolliert. Ressourcen, die auch bei uns in der Schweiz landen, wie

etwa aus RSF kontrollierten Goldminen.<sup>1</sup> Neben dem Goldhandel gibt es eine weitere internationale Stütze in der Machtverwaltung der sudanesischen Militärs: die europäische Migrationsabwehr. Der Sudan ist Mitglied des sogenannten Khartoum-Prozesses<sup>2</sup> der als ein wichtiges Standbein bei der Externalisierung der europäischen Flüchtlingsabwehr gilt. Die Schweiz beteiligt sich seit 2016 mit fünf Millionen Franken am milliardenschweren EU-Treuhandfonds, der die sogenannte «Fluchtursachenbekämpfung» finanzieren soll.<sup>3</sup>

Das obsessive Drängen ausländischer Mächte auf einen Übergangsprozess hat schlussendlich die Generäle gestärkt, die Position der Aktivist\*innen geschwächt und so den Weg zum Krieg geebnet.

Auch jetzt, mitten im Krieg, legitimieren Friedensgespräche die Kriegsparteien als Hauptakteure bei der Entscheidung über die Zukunft des Sudans, während sie diese brutal zerstören. In den ersten 3 Monaten alleine wurden über 5000 Menschen entführt, inhaftiert und gefoltert. Darunter viele kritische Stimmen.<sup>4</sup> Berichte sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe reichen über das ganze Land. In Darfur setzen die RSF ihre Verbrechen ungestraft fort und füllen Massengräber nach Massengräbern.<sup>5</sup> Einem aktuellen Bericht der Human Rights Watch zufolge haben sie

mindestens 26 Gemeinden systematisch zerstört und Hunderttausende Einwohner\*innen vertrieben.<sup>6</sup> Laut Schätzungen befinden sich im Sudan über 2,4 Millionen Binnenflüchtlinge, 730'000 Menschen sind in Nachbarstaaten geflüchtet.

Um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen, müssen die sudanesischen Revolutionäre in den Mittelpunkt gestellt und nicht die Militärs für ihre Gewalt belohnt werden.

Die Widerstandskomitees bleiben mit ihrem Aufruf «no to war» ihrer Revolution treu und weigern sich, irgendeine Seite des Kriegs zu unterstützen, auch wenn es im Laufe der Zeit immer schwieriger wird, diesen Standpunkt zu verteidigen. Schlussendlich waren es die Menschen, die in dieser Krisensituation Nahrungsmittel und den Zugang zu Wasser sicherten, Fluchtrouten koordinierten und improvisierte Gesundheitseinrichtungen auf die Beine stellten. Die Diplomaten waren zu sehr damit beschäftigt, sich selbst und ihre Staatsangehörigen zu evakuieren. Es sind die Sudanese\*innen, die die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft nähren. Als die Diplomaten damit beschäftigt waren, sich selbst und ihre Staatsangehörigen zu evakuieren und die Sudanese dem blutigen Schicksal zu überlassen, waren es verschiedenste Menschen, die die Wege in die Sicherheit koordinierten, den Zugang zu Lebensmitteln und Wasser organisierten, improvisierte Gesundheitsdienste errichteten und weiterhin Keimzellen einer anderen Zukunft nähren. Wir alle sind aufgefordert, ihrem Ruf folgen. Denn die Revolution muss das letzte Wort haben.

1 <https://www.woz.ch/2149/sudan/die-machtstuetzen-des-milizenfuehrers>

2 <https://www.proasyl.de/news/khartoum-erklaerung-wie-europa-fluechtlinge-aus-afrika-abwehren-moechte/>

3 <https://www.woz.ch/2149/sudan/die-machtstuetzen-des-milizenfuehrers>

4 <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/sudan-military-intelligence-continues-to-detain-critical-voices>

5 <https://www.dabangasudan.org/en/all-news/article/ethnic-cleansing-continues-in-west-darfur>

6 <https://www.hrw.org/news/2023/07/11/sudan-darfur-town-destroyed>

ALTERNATIVES

## Friedlicher ziviler Widerstand

**Beim Anblick der Zerstörung, die die Raketen in der Ukraine verursachen, der Zerstörung von Gebäuden, der zivilen Todesopfern, der Bevölkerung, die ins Ausland fliehen muss und angesichts der nuklearen Bedrohung, haben wir Angst vor den Kriegen, die heute in Europa noch möglich sind. Wir möchten unsere Sicherheit, unsere Identität, sowie unsere Kultur vor fremder Invasion schützen und wir wollen die wegen Massenerstörungswaffen zu teuer gewordenen Kriege verhindern. Die Armee gibt zwar vor, die Bevölkerung vor dem Krieg zu schützen, doch letztere wird immer zum ersten Opfer des Krieges.** MICHEL MONOD\*

Die Staaten setzen aufs Aufrüsten. In der Schweiz hat das Parlament zwei zusätzlichen Milliarden für die Armee zugestimmt. Somit folgt Drohung auf Drohung und Gewalt auf Gewalt. Haben wir denn keine andere Möglichkeit, uns zu verteidigen? Einige Autor\*innen haben Formen des friedlichen zivilen Widerstands vorgeschlagen. Diese basieren auf Ereignissen die sich während Zeiten militärischer Besetzung abspielten. Dabei soll die Zivilbevölkerung den Besatzern Widerstand leisten, indem sie nicht gehorcht oder kollaboriert und

somit die Besatzer davon abhält, weiter das Gebiet zu besetzen. In der jüngeren Geschichte sieht man zahlreiche Beispiele solcher manchmal symbolischen Taten, die dennoch zeigen, wie sich die Bevölkerung gegen eine militärische Okkupation wehren kann.

Hier einige Beispiele. In der Tschechoslowakei hatte damals die Bevölkerung gegen die Präsenz Sowjetischer Panzer demonstriert und diese davon abgehalten, in Prag zu bleiben. Auch können sich alle an Gandhi erinnern und seinen Salzmarsch, sowie an andere Aktionen,

die zum Ziel hatten, die britische Armee aus dem Land zu jagen. Diese symbolischen Gesten mögen nutzlos erscheinen angesichts einer Armee. Doch sie können sehr wohl die Moral der Truppen beeinflussen. Andere friedliche Methoden sind effektiver, wie beispielsweise der Generalstreik, das Beschränken der Arbeit auf ein absolutes Minimum, der freiwillige Lockdown der Bevölkerung, oder der Boykott von Güter- oder Dienstleistungslieferungen an den Feind. Die Zivilbevölkerung sollte dabei stets freundlich und respektvoll gegenüber den Soldaten auftreten, um von Partisan\*innen verübte Anschläge zu verhindern. Diese könnten der Bevölkerung teuer zu stehen kommen, wie man es in Frankreich, in Oradour oder im Vercors, während der Besetzung beobachten konnte. Nicht zu verwechseln sind der bewaffnete Widerstand von Partisan\*innen und der friedliche Widerstand. Der Feind kann nämlich zu Mitteln wie Verhaftungen oder Todesurteilen greifen, wobei er sich aber vor der Bevölkerung desavouiert.

Die vorhin erwähnten Aktionen kamen spontan zu Stande. Werden sie in Friedenszeiten

durchgeführt, können sie sehr abschreckend wirken auf die Kräfte, die die Bevölkerung eines Gebiets für sich gewinnen und dieses regieren will. Die zivile Abschreckung ist dabei wirksamer als die nukleare, deren Nutzen illusorisch ist. Einige Autor\*innen sehen eine Übergangsphase vor zwischen einer bewaffneten Abwehr und dem friedlichen zivilen Widerstand. Dadurch lassen sich die Ängste der Regierung beruhigen, ohne bewaffneten Widerstand dazustehen. Regierungen sehen diese Art der Verteidigung zwar als unabdingbar an, doch diese begünstigt einen Angriff des Feindes auf die Zivilbevölkerung. Die Vorbereitung auf einen friedlichen zivilen Widerstand, ihrerseits, schreckt andere Mächte vor der Besetzung ab und bedroht dabei kein Nachbarland, das einen Angriff befürchten könnte.

\*Michel Monod, Co-Präsident des *Centre pour l'action non-violente* (Zentrum für friedliche Aktion) in Lausanne

## DIE LETZTE

NATIONALE WAHLEN 2023

## An die Urnen, Antimilitarist\*innen!

**Ein Plädoyer, das Stimmcouvert rechtzeitig zur Post zu bringen.** ANJA GADA

Wie zerstörerisch das Parlament schalten und walten kann, hat sich im Verlauf des letzten Jahres auf eine grausame Weise gezeigt. Angefangen mit dem bundesrätlichen Zögern zur Übernahme der Sanktionen gegen das russische Regime im Februar 2022 und den fehlenden Massnahmen im Bereich des Rohstoffsektors

und des Finanzplatzes, hat das Schweizer Parlament keine Sekunde verloren, die nationale Aufrüstungsmaschinerie hochzufahren. Nur wenige Tage nach Ausbruch des russischen Kriegs in der Ukraine machte die bürgerliche Mehrheit klar, dass ihr die undemokratische Anschaffung eines milliardenschweren Tarnkappenbombers wichtiger ist als friedenspolitische Massnahmen zur Deeskalation weltweiter Krisenherde. Mit der daraufhin beschlossenen Verdoppelung des

Armeebudgets wurde klar, woher der Wind bläst. Lang gehegte Aufrüstungsträume der Rechten sollten Realität werden. Zeitgleich wurde eine Debatte um die Deregulierung von Kriegsmaterialexporten entfacht – dies, obwohl 2022 das Rekordjahr für Waffenlieferungen aus der Schweiz schlechthin war. Vorne mit dabei: Saudi Arabien und Katar, Länder, die Menschenrechte nach wie vor schwerwiegend verletzen. Eine nachhaltige Friedenspolitik, die

nicht auf Aufrüstung, sondern weltweite, nukleare Abrüstung setzt, ist zentral für die Menschen auf diesem Planeten. Eine konsequent antimilitaristische Politik rettet Menschenleben. Gehen Sie wählen und wählen Sie antimilitaristisch.

Fragen zu Wahlempfehlungen gerne an [gsoa@gsoa.ch](mailto:gsoa@gsoa.ch).

KLIMASTREIK

## An die Klimademo, Antimilitarist\*innen!

**Ohne Abrüstung wird die Weltgemeinschaft die Klimaziele von Paris nicht einhalten. Aus diesem Grund braucht es eine starke Präsenz der Friedensbewegung an der nationalen Klimademo am 30. September in Bern.** KLIMASTREIK SCHWEIZ

Im November 2021 verkündete US-Präsident Biden an der Klimakonferenz in Glasgow, wie zentral die Einhaltung der 1.5-Grad-Grenze ist. Nach der Ära Trump war die USA zurück am Klimaverhandlungstisch. Weniger als vier Monate später überfiel Russland die Ukraine, in den USA stand nun die Garantie der Energie-

versorgung im Vordergrund, nicht mehr die ökologischen Ziele. Neue Gebiete zur Ölförderung wurden erschlossen und die strategischen Reserven wurden zur Stabilisierung des Erdölpreises eingesetzt.

Die Klimabewegung hat ein Problem: Solange geopolitische Interessen existieren, werden

die Grossmächte niemals auf eine ausschliesslich erneuerbare Energieversorgung setzen. Fossile Brennstoffe haben nun mal die höhere Energiedichte, lassen sich flexibler einsetzen und kompakter transportieren. Ohne den konstanten Nachschub von Diesel und Benzin würde fast jegliche Kriegshandlung in kürzester Zeit zum Erliegen kommen. Aus diesem Grund werden auch im Ukrainekrieg von beiden Seiten Versorgungsrouten und Öltanklager bombardiert. Auch wenn die NATO an solarbetriebenen Pan-

zern tüftelt, werden Kriege wohl immer von fossilen Energieträgern abhängig bleiben. Demnach ist eine globale Abrüstung auch aus klimapolitischer Sicht zwingend notwendig, nur so kann man sich aus diesem ökologisch desaströsen Dilemma lösen.

Dafür gehen wir am 15. September am globalen Klimastreik und am 30. September um 14:00 Uhr beim Bollwerk (Bern) an der nationalen Klimademo gemeinsam auf die Strasse. Alle Infos unter: [klima-demo.ch](http://klima-demo.ch)

**GREGOR,**  
das glückliche Gewehr



## Bestelltalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.-	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
	T-Shirt «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.-	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE	<input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set	<input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.-	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.-	
	<b>Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:</b>				
	Stop the Army	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defend Earth, End War	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	Defund Military, Cultivate Peace	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.-	
	<b>Versandkostenanteil</b>			Fr. 5.-	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende Fr. 100.-	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende Fr. 50.-		
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich <input type="checkbox"/>				
	<b>Rechnungsbetrag</b>				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, [www.gsoa.ch/shop](http://www.gsoa.ch/shop)